

17. Wahlperiode

Entschließungsantrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
der Fraktion Die Linke
der Piratenfraktion

Kein TTIP und auch kein CETA – Berlin sagt Nein

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Sowohl das bereits ausverhandelte, aber noch nicht in Kraft getretene Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada – CETA – als auch das gerade in Verhandlung befindliche Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika – TTIP – drohen, erhebliche Verschlechterungen auch für Berlin zu bringen. Dies gilt insbesondere für die Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorgen mitsamt des Gesundheits- und Bildungssektors sowie für den Verbraucherschutz inklusive der Transparenz von Informationen für die Verbraucher/-innen. Auch Nachteile für kleine und mittlere Unternehmen und regionales Wirtschaften sind zu erwarten. Die vielfach kritisierten Investor-Staats-Klageverfahren (ISDS) sind auch weiterhin vorgesehen, obwohl nicht nur in der Europäischen Union die inhaltliche und demokratiepolitische Kritik immer stärker wird.

Bei beiden Abkommen sehen wir eine erhebliche Relevanz für Berlin als Stadt, als Bundesland und für das Abgeordnetenhaus als Gesetzgebungsorgan. Wir widersprechen der Ansicht, dass eine Inkraftsetzung von CETA keiner Zustimmung der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bedarf.

Wir fordern den Senat auf, einer vorläufigen Anwendung von CETA deutlich zu widersprechen und darüber hinaus im Bundesrat und gegenüber der Europäischen Kommission das „Nein“ Berlins zu beiden Abkommen zu vertreten.

Berlin, den 6. September 2016

Pop Kapek Schillhaneck Dr. Altug
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

U. Wolf Schatz
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Die Linke

Spies
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Die Linke